

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 19

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

die Beute des alten Systems aufgeteilt. Aber darnach sind dann diese Reserven erschöpft: in der zweiten Phase verliert der Einzelne das neu Erhaltene wieder an den Staat. Dann erst merkt der Bauer und Arbeiter, was Kommunismus heisst. Die weitere Entwicklung der LPG zum Staatsgut (Sowchose) ist jetzt in vollem Zug, ebenso die Vollverstaatlichung der Industrie.

Planwirtschaft, Arbeitsrecht, Regime

Der volksdemokratische Charakter der kubanischen Revolution kam aber vor allem schon früh durch die Planwirtschaft zum Ausdruck. Ein Zentralrat für Planung wurde geschaffen, der mit Hilfe der Nationalbank den ersten «Perspektivplan» (Plan auf weite Sicht) auszuarbeiten hatte, eine typische Erscheinung der kommunistischen Oekonomie.

Der Anschluss Kubas an den kommunistischen Block zeigt sich des weiteren in der Gesetzgebung, besonders deutlich im Arbeitsrecht. Private Arbeitgeber sind praktisch in ihrer Handlungsfreiheit gelähmt. Sie können (Gesetz Nr. 759 vom 11. März 1960) für Entlassungen von Arbeitnehmern zu Freiheitsstrafen verurteilt werden. Rohrzuckerproduzenten (soweit es noch private gibt) haben ihren ständigen Arbeitern unentgeltlich Boden zur Verfügung zu stellen, während die Saisonarbeiter zwischen den Arbeitsperioden einen Teil ihres Lohnes erhalten (was bis zur durchgeführten Vollbeschäftigung immerhin eine Besserung gegenüber früher ist). Für die Beurteilung von Differenzen, die sich aus Arbeitsver-

hältnissen ergeben, ist nicht etwa ein Gerichtsorgan zuständig, sondern eine staatliche Behörde, das Arbeitsministerium. Damit übernimmt der Staat unwegslos Justizbefugnisse. Die zumindest faktische Aufhebung der Gewaltentrennung ist ein weiteres Kennzeichen kommunistischer Staaten.

Heute sind dazu die übrigen Indizien eines kommunistischen Regimes weitgehend erfüllt: Das volksdemokratische Milizsystem, die auf dem Programm stehende Verstaatlichung aller Schulen (einschliesslich der konfessionellen), Aufhebung der Meinungsfreiheit (alle unabhängigen Zeitungen und Radiostationen sind im Laufe der «sozialistischen Revolution» aufgehoben worden, Druck gegen die Kirche (letzter Schritt in der Kampagne: Ausweisung aller ausländischen Priester und Ordensleute), Kontrolle über die Arbeiterschaft (alle Gewerkschaften von der Regierung übernommen), Ausschaltung der Gegner durch politischen Terror und als sicherstes Indiz: das Einparteiensystem (mit Ausnahme der Volkssozialisten = Kommunisten wurden sämtliche politischen Parteien aufgelöst).

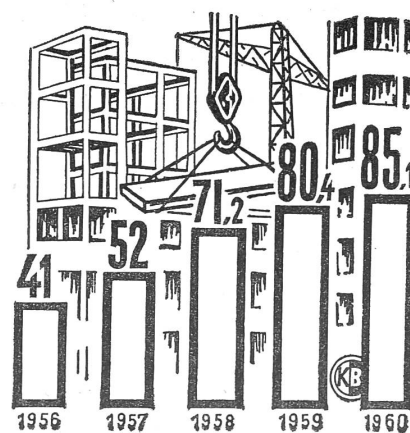
Und zur reibungslosen Durchführung des Programms sind die Wahlen auf unbestimmte Zeit verschoben worden, d. h. bis sie nach kommunistischem Vorbild mit Einheitsliste durchgeführt werden können. Das ist der Staat, von welchem gehofft wird, er werde auf ermunternde Haltung des Westens wieder zum Lager der freien Welt zurückkehren.

wohner oft selbst nicht nur für die nötigsten baulichen Einrichtungen, sondern manchmal selbst für Baumaterialien besorgt sein.

Den Vorrang bei den Bau-Investitionen geniessen Industrien, öffentliche Gebäude und viele Repräsentationswerke (Mammutstadien, Kulturpaläste, Versammlungsräume), für welche die Bevölkerung oft zu «freiwilliger Aufbau-Arbeit» herangezogen wird, während sie selbst über ungenügende Unterkunft verfügt.

Diese Ueberlegungen sollen die sowjetische Wohnbautätigkeit nicht verniedlichen, sondern in die richtigen Proportionen rücken: sowohl in den Rahmen der gesamten Konstruktionen als auch in den Rahmen der noch lange nicht gedeckten Bedürfnisse.

Wohnbautätigkeit der UdSSR (in Millionen Quadratmeter)



Statistisches

Sowjetunion Wohnbautätigkeit

Der Wohnbau hat sich, wie unsere Zeichnung nach Darstellungen des statistischen Jahrbuchs der UdSSR 1960 und der «Ekonomitscheskaja Gasjeta» vom 30. März zeigt, innerhalb der letzten fünf Jahre mehr als verdoppelt, wird aber im Rahmen der Gesamtkonstruktionen immer noch relativ stiefmütterlich behandelt.

Laut den sowjetischen Quellen wurden im letzten Jahr im Unionsgebiet 2 978 000 Wohnungen ihrer Bestimmung übergeben. Die erstellte Wohnfläche übertreffe jene der USA, Grossbritanniens, Frankreichs, der deutschen Bundesrepublik, Schwedens, der Niederlande, Belgiens und der Schweiz zusammengenommen. Auch die relativen Zahlen werden in ähnlichem Lichte präsentiert: In der UdSSR seien 1960 auf 1000 Einwohner 14 Wohnungen errichtet worden, in den USA dagegen nur 7,2.

Diesen imposanten Angaben gegenüber ist immerhin festzustellen, dass die Sowjetunion doch noch einen viel grösseren Bedarf an Wohnfläche hat als die kapitalistischen Länder. In den grossen Städten leben oft genug ganze Familien auf kleinstem Raum zusammengepfercht, wenn man auch der Wohnungsnot durch planmässige Anlage grosser Wohnquartiere in den Aussenbezirken zu begegnen sucht. Ein grosser Unterschied zum Westen besteht vierlerorts in der Qualität der Häuser. Klagen darüber, dass bezogene Wohnungen eigentlich noch keineswegs bezugsbereit seien, sind häufig zu hören. Abgesehen davon, dass viele Siedlungen Barackencharakter haben, müssen die Be-

Ideologie

Jugoslawien

Freiheit des Individuums

Der jugoslawische Kommunist hat eine realistisch-romantische Auffassung von der Freiheit des Individuums. Der chinesische Kommunismus dagegen hat eine kapitalistische Auffassung der Individualfreiheit. Zu dieser Quintessenz gelangte der jugoslawische Minister Milentije Popovic, als er vor Studenten der Universität Novi Sad sprach.

Ueber seine Ausführungen zu zweifellos interessanten Fragestellungen berichtet die Belgrader «Borba» in drei aufeinanderfolgenden Nummern. Popovic, der auch dem Zentralkomitee der jugoslawischen KP angehört, hatte auf folgende drei Fragen Auskunft zu geben: 1. Worin liegt das Wesen einer allseitig entwickelten und freien Persönlichkeit und wie wird sich bei uns der Prozess der Befreiung des Individuums entwickeln? 2. Wie würden Sie den überspitzten Nationalismus, beziehungsweise den Chauvinismus als ethische Frage formulieren? (Die in bezug auf den Vielvölkerstaat Jugoslawien gestellte Frage gab Popovic Gelegenheit, für ein gemässigt Nationalbewusstsein zu plädieren. Auf die aussenpolitischen Beziehungen trat er jedoch — «das Problem muss erst im eigenen und nicht in einem fremder Haus gelöst werden» — nicht weiter ein.) 3. Wo liegt die moralisch-politische Bedeutung des Jahres 1941 für die heutige Generation? (d. h.: Was für spezifische Werte hat die jugoslawische Revolution heute? Popovic hielt sich hier an allgemeine Wendungen und erklärte den Glauben an den Menschen als das wichtigste Prinzip der jugoslawischen Revolution.)

Aufschlussreich waren Popovics Aeusserungen über die Individualfreiheit. Zunächst hielt er durchaus in Linie mit dem dialektischen Materialismus fest, dass der Begriff an sich keinen Sinn habe, sondern lediglich im Rahmen gesellschaftlich-wirtschaftlich-politischer Bedingungen. «Ueber das Problem kann nur in geschichtlichen Kategorien gesprochen werden; ausserhalb dieses Rahmens ist das freie und allseitig entwickelte Individuum bloss eine Abstraktion ohne Grundlage in der Wirklichkeit, die Frucht mehr oder weniger erfolgreicher logischer Konstruktionen und Spekulationen.» Der allgemein kommunistischen Anschauung entsprach auch durchaus die Formulierung, die Befreiung des Individuums sei «nur im Einklang von Produktionserhöhung und von Zuwachs der Produktionskräfte möglich».

Spezifischer aber wurde der ZK-Vertreter, als er die Trennungslinie zwischen den jugoslawischen Kommunisten und den chinesischen «Kommunisten» zog: «Der bürokratische Dogatismus verteidigt im Namen der zukünftigen Ideale, unter der Parole ‚beschleunigter sozialistischer Aufbau‘ sogenannte grosse Entwicklungspläne, d. h. ein bürokratisches und administrativ-zentralistisches System. Das ist jene These, die im Namen der ‚höheren Ziele‘ oder des ‚grossen Sprungs nach vorne‘ eine falsche Vorstellung der Zukunft gibt, den Bürokratismus unterstützt. In diesen zugleich engen und vagen Rahmen stellen sie das Individuum, und die Frage seiner Befreiung verschieben sie auf eine unklare und unbestimmte Zukunft.»

Diese romantisch-idealistische Argumentation, die in Wirklichkeit ein Produkt kleinbürgerlicher Auffassungen ist, zielt auf die Verteidigung der Freiheit im allgemeinen, d. h. jener Freiheit des Menschen, welcher ausserhalb bestimmter sozialer Verhältnisse lebt. Diese These ... verteidigt die in Wirklichkeit kleinbürgerliche und anarchistische Grundlage, was schlussendlich der Verteidigung des Kapitalismus gleichkommt.»

Der wahre Kommunist dagegen, der jugoslawische Kommunist, sei wirklich revolutionär. Er sei realistisch und romantisch. Realistisch in dem Sinne, dass er auf wissenschaftlicher Analyse fusse, von der Untersuchung konkreter geschichtlicher und sozialer Bedingungen ausgehe. Romantisch in dem Sinne, dass er sich nicht mit der Gegenwart abfinde, ein kämpferisches Pathos habe und die Wirklichkeit fortschrittlich ändern möchte.

Soziales

Sowjetunion Würgegriff ...

Plötzlich beschlossene hohe Abschreckungsmassnahmen, welche unvermittelt in den Aufbau der neuen Strafgesetzgebung fallen, lassen die Krisenstimmung der sowjetischen Führungsschicht erkennen.

Annähernd zur gleichen Zeit, da das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR durch einen einfachen Ukas wieder die Todesstrafe für Wirtschaftsvergehen einführt (KB Nr. 18), verfügte die Russische Republik (RSFSR) Deportation bis zu fünf Jahren für mangelnden Arbeitseinsatz. Gegen die von den Volksgerichten (Stadt- oder Bezirk) gefällten, und von den Sowjets auf den entsprechenden Stufen bestätigten Urteile besteht keine Appellationsmöglichkeit.

Der Beschluss ist ein neues Indiz für die prekäre Wirtschaftslage des Landes und für die zweifelhafter gewordene Autorität der Partei, die nun zu verschärftem Druck greift, um ihrem Diktat Nachachtung zu verschaffen. Eine neue Periode aufkommenden Terrors scheint sich anzukündigen.

Der Ukas des Obersten Sowjets der RSFSR «über den vermehrten Kampf gegen Personen, die sich einer gemeinnützigen Arbeit entziehen und einen gemeinschaftswidrigen Lebenswandel als Parasiten führen» erschien in der «Prawda» vom 5. Mai. Neben seinem offensichtlichen Zweck, den beim leisesten Nachlassen der Kontrolle immer wieder einreisenden Privatinteressen gewaltsam Einhalt zu gebieten, ist der Beschluss durch zwei weitere Punkte aufschlussreich:

1. Er verstärkt die Kompetenzen der gesellschaftlichen Volksgerichte, die beim Mangel an detaillierten gesetzlichen Vorschriften und dank des Fehlens von Berufungsmöglichkeiten als kaum verhüllte KP-Institution praktisch nach Belieben ihre Massnahmen treffen können.

2. Er gibt eine Handhabe zu Zwangsumsiedlung in die «Entwicklungsgebiete» Sibiriens und des weiten asiatischen Raumes (siehe KB Nr. 18).

Solche zwischen «Arbeitserziehung» und Strafe stehenden Massnahmen stellen ein Mittel zur Ausübung eines allgemeinen, konkret wenig definierten Druckes auf die Bevölkerung dar. Sie werden ergänzt durch

Noch ohne Schulpflicht: Kolumbien

Staats- und Regierungsform: Präsidielle Republik, Parlament aus Senat (80 Mitglieder) und Repräsentantenhaus (ein Abgeordneter auf 90 000 Einwohner). Der Kongress wird alle zwei Jahre neugewählt. Staatsoberhaupt und Regierungschef: Präsident Alberto Lleras Camargo, Liberaler, seit 1958. Die beiden Hauptparteien der Konservativen und Liberalen (zusammen die «Nationale Front») einigten sich 1958 auf eine Koalition für 12 Jahre mit abwechselnder Präsidentschaft. Der Präsident kann nur für eine vierjährige Periode amtierern.

Wahlberechtigt alle über 21 Jahre alten Bürger. Wehrpflicht zwischen 21 und 30 Jahren (einjähriger Dienst).

Erziehung: Grundschule frei aber nicht obligatorisch. Nationale Universität in Bogota (Zentrum der Reformströmungen).

Religion: Ueberwiegend römisch-katholisch, protestantische Minderheiten. Staatssprache spanisch.

Fläche: 1 138 355 Quadratkilometer.

Einwohner: 14 130 000 (1960).

Städte: Bogota (Hauptstadt) 1 200 000, Medellin, Baranquilla.

Bevölkerung: Vor allem Mestizen (zwei Drittel), etwa ein Fünftel Weisses meist altspanischer Herkunft, weitgehend die Oberschicht bildend; sieben Prozent Indianer, fünf Prozent Neger.



Export: 80 Prozent Kaffee (zweitgrösster Kaffee-Export der Welt), ferner Mineralien, Erdöl, Bananen. Wichtigster Aussenhandelspartner: USA. Wirtschafts- und Kulturbeziehungen zum Ostblock haben sich durch die CSSR angebahnt.

Mitgliedschaft: Uno, OAS.

die neuen Abschreckungsstrafen mit der Todesandrohung für wirtschaftliche Obstruktion. Das plötzliche Anziehen der Schraube nach stalinistischem Muster muss entsprechend eilige Beweggründe gehabt haben. Denn die neuen Strafgesetze, in der Form durchaus milder als die vorhergehenden, sind erst neuesten Datums (für die RSFSR im letzten November). Der Schritt bedeutet also eine Abkehr von der eingeschlagenen weicheren Linie der post-stalinistischen Ära. Seine Ursache ist in erster Linie im Versagen der Landwirtschaft zu suchen. Dann ist er auch als Waffe gegen die «Verbürgerlichungstendenzen» gedacht, die sich trotz aller Annäherungen an die Epoche des Vollkommunismus mit dem steigenden Lebensstandard automatisch bei der Bevölkerung abzuzeichnen begannen.

Der Kampf gegen das «Parasitentum» ist zwar nicht neu. Die Kampagne ist seit letztem Jahr in vollem Schwung, wurde aber zur Hauptsache noch mit gesellschaftlichen und «moralischen» Druckmitteln geführt (und geht selbstverständlich noch weiter). Nur führte dies anscheinend nicht zum erhofften Erfolg. So wird der Mahnfinger nicht lediglich zum sozialistischen Paradies erhoben, sondern auf die Rute gerichtet.

Das RSFSR-Präsidium beschloss, «dass die volljährigen, arbeitsfähigen Bürger, welche die wichtigste Gesetzespflicht nicht erfüllen, d. h. nicht gemäss ihren Fähigkeiten ehrlich arbeiten wollen und sich der gemeinnützigen Arbeit entziehen, nichterarbeitete Einkommen beziehen oder sich andere gemeinschaftswidrige Vergehen zuschulden kommen lassen, für die Dauer von zwei bis fünf Jahren in eine besonders dafür bestimmte Gegend verschickt werden. Das nicht erarbeitete

Eigentum wird beschlagnahmt und die Person am Ort der Zwangsumsiedlung unbedingte zur Arbeit angehalten. Mit den gleichen Massnahmen werden auch jene Personen bestraft, die zum Schein eine Stelle in einem Unternehmen oder Amt annehmen, oder Mitglied eines Kolchos werden, in Wirklichkeit aber ein Parasitenleben führen.»

(Eine Untersuchung über die neue Lage im Strafrecht — die ihre Parallelen findet — wird folgen.)

... Zahlen ...

Die verbreitetste Form des «Parasitentums» besteht wohl in der Landwirtschaft, wo die privat bebauten Nebengewirtschaften (Hofstellen) nach wie vor der bestrentierende Teil der Kollektiv- oder Staatsgüter sind, aus dem einfachen Grund, weil die Bauern nur daran wirklich interessiert sind. Dies ist mit ein Grund, weshalb Chruschtschew die Nebengewirtschaften nicht mehr länger bestehen lassen will (womit er das Uebel übrigens wohl am falschen Ende korrigiert).

Ein Beispiel aus Kaschstan kann die Zustände illustrieren, gegen welche der sowjetische Parteisekretär vorerst mit umfassenden Säuberungen und nun mit neuen Strafbestimmungen zu Felde zieht: In einem neugebildeten Sowchos (Staatsgut) mussten im letzten Winter mehr als 3000 Stück Vieh des Gemeinschaftsbestandes abgetan werden. Vom Privatbestand der Mitglieder ging dagegen kein einziges Stück ein. Der private Viehbestand vermehrte sich in einem Jahr beim Rindvieh von 915 auf 1123 und bei den Pferden von 478 auf 656 Stück, die Anzahl der Ziegen und Schafe nahm um über 1000 zu. Ein Hirte allein verdiente an seiner Privat-

wirtschaft über 100 000 (alte) Rubel. Die Sowchosleiter gehen mit dem schlechten Beispiel voran, indem sie ihre Nebengewirtschaften (die an sich auf minimale Prozentsätze des gesamten Bodens beschränkt sein sollten) zu ganzen Bauernhöfen ausbauen.

Solche Klagen, wenn vielleicht auch nicht immer mit so deutlichen Zahlen belegt, gehören in der Sowjetunion zur Tagesordnung.

... und Lächeln

Dass daneben die Kampagne gegen Parasitentum und Verbürgerlichung weiterhin mit den konventionellen Propagandawaffen geführt wird, zeigt diese westlich anmutende Zeichnung westlich anmutender Dandys im «Krokodil» vom 30. April. «Moderne Frühlingserregung» heisst der Titel und der Text dazu: «Hoffentlich schicken sie mich nicht ins Neuland». Der Witz ist zweifellos nett in der Idee und nett dargestellt. Aber dahinter steht doch offen-



sichtlich die bedeutend weniger niedliche Tatsache, dass man trotz der immer betonten Freiwilligkeit (KB Nr. 18) eben doch in die Neulandgebiete geschickt werden kann.

Landwirtschaft

Mongolei Katastrophenfrühling

Nach der Hungersnot in China und der Agrarkrise in der Sowjetunion meldet auch die Mongolei schwere Ausfälle in seiner Versorgung. Zurückzuführen sind sie laut den aus Ulan Bator eingetroffenen Zeitungsberichten auf heftige Schneestürme, welche zwischen dem 16. und 23. März die Westmongolei heimgesucht haben. Nach vorläufigen Zusammenstellungen des Landwirtschafts- und Viehzuchtministeriums sind über 100 000 Tiere in den Schneemassen umgekommen oder dem plötzlichen Kälte-Einbruch von 30 bis 35 Grad unter Null zum Opfer gefallen. Die Stürme, «wie sie seit 50 Jahren nicht verzeichnet worden sind», scheinen um so verheerender gewirkt zu haben, als sie un-

vermittelt auf einen frühlinghaften Temperaturanstieg erfolgten.

Höchst bemerkenswert ist es, dass der Landwirtschaftsminister über die getroffenen Aktionen und Massnahmen spricht, ohne aber anscheinend sowjetische oder chinesische Hilfe zu erwähnen. Wenn man bedenkt dass die Mongolische Volksrepublik zum umstrittenen Einflussgebiet der beiden Grossmächte zählt, wird man das Ausbleiben einer sonst wohl vermerkten Unterstützung im Zeichen der anhaltend schlechten Lage im Norden und Süden der Mongolei werten können. In China gibt es sogar neue Dürren und Uberschwemmungskatastrophen, deren Auswirkungen erst jetzt beginnen.

Wirtschaft

Ungarn Pharmazeutische Grossindustrie

Innerhalb von zehn Jahren hat Ungarn seine Produktion an Medikamenten verdreizehnfacht und seinen Export verzehnfacht.

Diese ungeheure Entwicklung, die sich auf den Weltmärkten auswirken dürfte, steht durchaus im Einklang mit dem forcierten Ausbau der pharmazeutischen Industrie auch in weiteren Ostblockländern, so vor allem in Rumänien, der Sowjetzone, Ungarn und Polen, die diesem Wirtschaftszweig ebenfalls ihre grösste Aufmerksamkeit schenken.

Der ungarische Aussenhandel erzielte laut «Figyelő», Budapest, seine «Welterfolge» vor allem durch den Ausfuhr von Degranol (Arznei für Blut- und Lymphgefäss-System), Tricaxazin (Beruhigungsmittel) und Gastropin (gegen Magengeschwüre).

Die chemische und pharmazeutische Industrie wird unter anderem mit Maschinellieferungen aus dem Westen aufgebaut, der dann dafür die Genugtuung hat, auf seinen Märkten mit den damit hergestellten Pharmazeutika konkurrenziert zu werden. Die Medikamente gehörten zu denjenigen Konsumgütern, die der Westen noch lange an den Osten verkaufen konnte. Aber es wird beidseitig dafür gesorgt, dass die westlichen Importe bald ausschliesslich Schlüsselprodukte umfassen werden, um die Beeinflussungsmöglichkeiten noch einseitiger zu machen.

Im ersten Quartal dieses Jahres hat auch in Polen der Export von pharmazeutischen Produkten erstmals den Import überschritten. Einem Ausfuhrwert von 7,7 Millionen Devisenzloty standen Importe von nurmehr 5,8 Millionen Devisenzloty gegenüber.

Laut bulgarischen Angaben führt das Land gegenwärtig 80 verschiedene Medikamente nach 18 verschiedenen Ländern aus. Wichtigste Exportartikel sind Antibiotika wie Penicillin, Tetracylin und Biomyzin. Ein Präparat namens Nivalin sei unter anderem auch in der Schweiz zur Nachbehandlung Poliomyelitis eingesetzt worden.

Mitteilung der Redaktion

Infolge der Pfingstfeiertage wird unsere nächste Nummer vom 24. Mai nur vier Seiten umfassen.

Erziehung

Polen

- Und dann die Schule

Polen weiss kaum, woher die dringend benötigten Lehrkräfte für die Schulen hernehmen, aber Hunderte von Lehrern sind ständig für den Dienst in den KP-Jugendorganisationen beurlaubt.

Der Mangel an Pädagogen, wie übrigens auch an Schulräumen, ist eines der häufig diskutierten Probleme des Landes, und gewaltige Anstrengungen werden unternommen, um im angelaufenen Fünfjahresplan den Bedürfnissen gerecht zu werden. Zwischen 1961 und 1965 braucht es laut Programm nicht weniger als 100 000 neue Lehrer. Viele der gegenwärtigen Lehrkräfte müssen in viel zu grossen Klassen Unterricht erteilen, andere mussten ohne hinreichende Ausbildung angestellt werden, die Werbung für diesen Beruf wird äusserst intensiviert, alles steht im Zeichen des Lehrermangels.

Aber für den kommunistisch geleiteten Verband Polnischer Pioniere kann man die so raren Lehrer in der Schule doch entbehren. «Eine Tatsache, die sich negativ auf die Lage der Pädagogen auswirkt», schreibt die Warschauer «Trybuna Ludu» selbst, «ist die grosse Anzahl von ihnen, die zur Arbeit im Rahmen der Pionierbewegung beurlaubt wurden. Gegenwärtig gibt es 800 dafür beurlaubte Pädagogen.»

Die Pionierorganisation, die Kinder bis zu etwa 14 Jahren umfasst, bestand in Polen nominell als Weiterführung der populären Pfadfinderbewegung, die man allmählich ihrer ursprünglichen Ziele zu entfremden suchte, um sie mit kommunistischem Geist zu füllen. Immerhin blieben die Pionierführer noch relativ lange ohne ausgesprochene politische Färbung, und das Regime tolerierte bis letztes Jahr eine gewisse Unabhängigkeit oder wenigstens Unverbindlichkeit. Das änderte sich aber dann zusehends im Laufe von 1960, als zahlreiche Pioniervertreter in die Partei aufgenommen und zu immer stärkerer Aktivität im Rahmen der KP verpflichtet wurden. Die Bewegung sollte offensichtlich eine ähnliche Bedeutung wie in der Sowjetunion erhalten, wo sie als politische Erziehungsgemeinschaft wichtiger als die Schule geworden ist.

Wie weit Gomulka diesem Beispiel nachempfiehlt, zeigt die Entsendung der dringend benötigten Lehrer in die KP-Jugendorganisation. Die grosse Kampagne, die Stellung der Partei und ihrer Institutionen zu stärken, wird in keinem Gebiet und keinem Lebensbereich vernachlässigt, und insofern ist dieser Fall keine Einzelercheinung. Wichtig zu bemerken ist hier aber, dass der Pionierorganisation insbesondere die Rolle der atheistischen Erziehung zukommen soll, die man in den Schulen noch nicht für genügend garantiert hält. Das dürfte einer der Hauptgründe dafür sein, weshalb der Freizeit der Kinder auf Kosten der Schularbeit so grosse Aufmerksamkeit geschenkt wird. Allerdings will die Regierung die Zahl der nur bei den Pionieren tätigen Lehrer etwas herabsetzen.

In sämtlichen Schulen und Erziehungsinstitutionen zählt Polen gegenwärtig 215 000 Pädagogen aller Stufen. Sie sollen bis 1965 alle in Fortbildungskursen «umbildet» werden.

ZEITUNGEN IM OSTBLOCK

Jugoslawien

Borba

(«Kampf») Offizielles Organ des Sozialistischen Bundes der Werktätigen Jugoslawiens, wird als Regierungsorgan angesehen. Belgrader Ausgabe in cyrillischer, Zagreber Ausgabe in lateinischer Schrift. Modern aufgemachte Tageszeitung serbo-kroatischer Sprache.

Privredni pregled

(«Wirtschaftsrundschau») Wirtschaftliches Informationsorgan für In- und Ausland. Belgrader Tageszeitung in lateinischer Schrift. Nimmt auch Inserate ausländischer Firmen auf.

Kommunist

Organ des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ = KP). Offizielles Parteiblatt, Wochenzeitung.

Rad

(«Die Arbeit») Organ des jugoslawischen Gewerkschaftsbundes. Wochenzeitung zur ideologischen Beeinflussung der Arbeiter. Sämtliche Redaktoren Mitglieder der KP. Neben Gewerkschaftsfragen werden auch politische, wirtschaftliche und kulturelle Probleme behandelt.

Unter den Periodikas nimmt

Jugoslovenski pregled

(«Jugoslawische Rundschau») einen repräsentativen Platz ein. Diese luxuriös ausgestattete Monatsschrift über alle Aspekte des jugoslawischen Lebens ist gut und sachlich redigiert, bringt viele Statistiken und graphische Darstellungen. Eine gekürzte englische Ausgabe («Yugoslav Survey») erscheint vierteljährlich. Seit Anfang dieses Jahres auch französische Ausgabe.

Verschiedene Zeitschriften sind ganz für das Ausland bestimmt, darunter in deutscher Sprache: «Jugoslawischer Wirtschaftsinformator» (zweimal monatlich), «Journal für den Aussenhandel Jugoslawiens» (viermal jährlich), «Internationale Politik» (halbmonatliches Propagandaorgan, herausgegeben vom Journalistenverband).

Bulgarien

Rabotnitschesko delo

(«Die Sache der Arbeiter») Täglich erscheinendes Organ des ZKs der KP Bulgariens. Hält die Linie der Moskauer «Prawda» ein.

Otetschestwen Front

(«Vaterländische Front») Organ des Präsidiums der Volksversammlung und des Nationalrates der Vaterländischen Front, gilt als Regierungsorgan. Tageszeitung von grosser Auflage.

Trud

(«Die Arbeit») Tägliches Organ des Zentralrates der Gewerkschaften.

Zemedelsko Zname

(«Bauernfahne») Organ des bulgarischen Bauernbundes, Tageszeitung. Dadurch bemerkenswert, dass sie innenpolitisch dem KP-Diktat nicht immer hundertprozentig unterworfen scheint, wenn auch der Partei-Einfluss dominant bleibt. Aussenpolitisch gleichgeschaltet. (Forts.)

Curriculum der Woche

CHARLES ROBERT SWART

Der zum ersten Präsidenten der Südafrikanischen Union gewählte bisherige Generalgouverneur der SAU. Tritt sein Amt mit dem Ausscheiden des Landes aus dem Commonwealth am 31. Mai an. Mitglied der nationalistischen Regierungspartei Vervoerds und unerbittlicher Verfechter der Apartheid, zu deren Durchführung er als ehemaliger Justizminister beitrug.

Geboren 5. Dezember 1894 im Distrikt Winburg, wo er Primar- und Mittelschulen absolviert. Am University College des Freistaates Orange erwirbt er philosophische und juristische Grade (späteres Ehrendoktorat). 1914 und 1915 amtiert er als Mittelschullehrer und Prüfungsexpert, um darnach Dozent am University College Free State orange und an der Agrarhochschule von Bloemfontein zu wirken, wo er über Landwirtschaftsgesetzgebung liest. 1920 bis 1923 Studienaufenthalt in den Vereinigten Staaten mit Spezialdiplom für Journalismus an der Columbia Universität New York.

Beginn der politischen Laufbahn 1919 als organisierender Sekretär der Nationalpartei im Freistaat Orange. Diesen Posten behält er bis 1928, da er sich als Rechtsanwalt etabliert und bis 1948 praktiziert. Abgeordneter im Parlament mit kurzen Unterbrüchen von 1923 bis 1959, dem Zeitpunkt seiner Wahl als Generalgouverneur.

Einen Monat nach der Machtergreifung von Malans Nationalpartei wird er Justizminister, ein Portefeuille, das er bis 1959 hält. Ueberdies in den Jahren 1949 und 1950 Erziehungsminister und Träger verschiedener kultureller und politischer Aemter (u. a. Universitätskanzler). 1954 stellvertretender Ministerpräsident und Vorsitzender des Parlamentes. In seine Ministerjahre fällt seine mitentscheidende Tätigkeit für die Rassentrennungspolitik, die von einer mit grossen Kompetenzen ausgestatteten Polizei kontrolliert und gesetzlich verankert wird. Seine Ernennung zu seinem letzten Posten als Generalgouverneur, faktisch mit den Kompetenzen eines Staatsschefs, erfolgt am 12. Januar 1960. Verfasser mehrerer Bücher und politischer Schriften. Verheiratet, zwei Kinder.

mus, nicht der Organisation konkreter Massnahmen gegen ihn. Die Zeitung kann all jenen Institutionen, die sich um praktische Aktionen zur Verteidigung unserer Werte verdient machen, durch ihre Information dienen, ohne ein «Konkurrenzunternehmen» aufzuziehen. Wir unterstützen prinzipiell (und in regelmässigen Abständen auch mit konkreten Hinweisen) die vielerorts geleistete Arbeit. In diesem Zusammenhang kann daran erinnert werden, dass das Schweizerische Ost-Institut beispielsweise mit seinem «Swiss Press Review», einem Pressedienst für afrikanische und asiatische Zeitungen, zur «tatkraftigen Entwicklungshilfe» beiträgt. Für den wichtigen Wirkungsbereich in «Schule, Beruf und Haus» veranstaltet das SOI ferner etwa auch Referentenkurse, zu denen Seminaristinnen sicher besonders willkommen sind. Red. KB

Die Buchbesprechung

Der Westen: Heer ohne Banner

Von Salvador de Madariaga, Scherz-Verlag, Bern 1961.

Madariaga hat ein langes Leben dem Kampf für die Freiheit gewidmet. Er ist, wie er sich selber nennt, ein revolutionärer Demokrat. Ein neues Bekenntnis zur Freiheit hat er mit dem vor kurzer Zeit veröffentlichten Buch abgelegt, das den Untertitel trägt: «Strategie des Kalten Krieges». Die Schrift wird siniger Weise mit einem offenen Brief an einen englischen Linksintellektuellen eingeleitet.

Mit zwingender Logik geisselt Madariaga die Irreführungen falscher Propheten und die mangelnde Einsatzbereitschaft unserer Völker. Damit greift er die Grundübel unserer Zeit an ihren Wurzeln an. Es ist zu hoffen, dass die Gegner Madariagas sich zu einer Auseinandersetzung stellen werden, die uns an der Seite des grossen Kämpfers finden wird. Seine Linie ist die Linie dieser Zeitschrift, deren Leser deshalb darauf aufmerksam gemacht seien, dass das Buch mit beigelegtem Gutschein in der Buchhandlung zu jedem verbilligten Preis erworben werden kann. Sa.

Dies ist Apartheid

Vervielfältigte Broschüre des Afrikanischen Development Trust (ADT), durch die ADT-Sekretariate zu beziehen. Die von Senator Leslie Rubin zusammengestellte und erläuterte Dokumentation über die Rassengesetzgebung der Südafrikanischen Union gibt die sachlich belegten Grundzüge der Apartheid wieder. Uebersetzt aus dem Englischen: «This is Apartheid», 7. Auflage, London 1959.

Wir machen

unsere geschätzten Abonnenten und Leser darauf aufmerksam, dass

zum reduzierten Preis von Fr. 4.— eine

Lesemappe

aus Plastik bezogen werden kann, die jeweils vier Nummern der Zeitung aufnimmt und in Wartezimmern, Empfangshallen usw. ausgelegt werden kann. Wir haben damit einem vielfach geäusserten Wunsch entsprochen und hoffen, dass die Interessenten von diesem Angebot zahlreichen Gebrauch machen.

Bestellungen sind bitte direkt an die Administration «Der Klare Blick» zu senden.

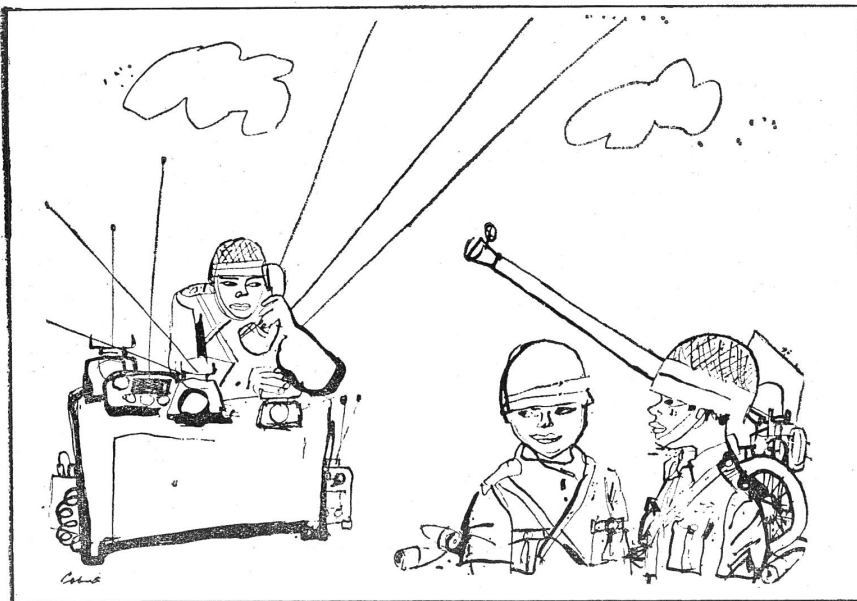
Verwaltung
«Der Klare Blick»

BRIEFE

Aktionen

M. H. in Bern. Wäre es nicht möglich, in jeder (KB)-Nummer einen kleinen Abschnitt für «Praktisches» zu bringen? Ich meine das so: Nach all den notwendigen Aufklärungen über die Taktik und das Vorschreiten des Kommunismus wäre vielleicht mancher froh um klipp und klare Vorschläge, wie er selbst dieser Gefahr entgegenwirken kann. Wie wäre es mit Aufrufen zu Sammlungen, Aktionen, tatkraftiger Entwicklungshilfe und vielleicht Demonstrationen in Schule, Beruf und Haus?

Der «klare Blick» dient in erster Linie der Orientierung über den Kommunismus,



Belgrad: Zurückhaltung in der laotischen Frage

«In Laos Ende Feuer, aber keine Funkstille», so lautet die Überschrift zu dieser Karikatur in der jugoslawischen Parteizeitung «Borba». Und der Text dazu lautet: «Wir Artilleristen haben den Befehl, das Feuer einzustellen. Jetzt sind die Funker an der Arbeit.»

In Anbetracht dessen, dass der jugoslawische Neutralismus sonst immer mit einer Polemik gegen den «kolonialistischen Imperialismus» vereinbar ist, wirkt diese Darstellung überraschend zurückhaltend. Sie bedeutet im Vorfeld der Genfer Laos-Konferenz eher eine (auf der Hand liegende Feststellung) als eine Stellungnahme. Aber in Laos hat Peking eben seine Hand stärker im Spiel, als den jugoslawischen Revisionisten lieb sein kann.

Tito, der seine Werbereise durch Afrika abgeschlossen hat, unterliess es zwar nicht, nach seiner Rückkehr in Belgrad gegen den «Neokolonialismus» des Westens gesamthaft und allgemein vom Leder zu zie-

hen, fand aber daneben immerhin solche vorsichtige Formulierungen wie die folgende: «Wir müssen den Völkern Afrikas in diesen Bestrebungen (zum Fortschritt, ohne sich einer Ideologie zu verpflichten) helfen, ohne ihnen unsere Methoden oder Systeme aufzwingen zu wollen, weil sie selber in der Lage sind, dasjenige System zu wählen, das ihnen am besten passt. Die Völker Afrikas möchten sich keinem Machtblock anschliessen. Sie sind sehr empfindlich, wenn es um ihre Unabhängigkeit geht.»

Tito, der in Afrika für eine blockfreie Aktion gegen den Kolonialismus eintrat, sucht mit anscheinend gemässigten und objektiven Argumenten in jenen zukünftigen Marktgebieten Fuss zu fassen, und zugleich für den spezifisch jugoslawischen Kommunismus Freunde zu gewinnen. Die sachliche Tonart vieler jugoslawischer Kommentare zu den Auseinandersetzungen in den Entwicklungsgebieten hat ihre taktischen Gründe.

Unser Memo

Inserate in Schweizer Zeitungen lassen vermuten, dass es mit der planwirtschaftlichen

Entwicklungshilfe der Ostblockländer nicht in jedem Falle klappt. Und wenn kurzfristig Lücken aufgefüllt werden müssen, wendet sich selbst Nkrumah zur Einhaltung seines «sozialistischen Aufbauplanes» an die freien Märkte. Die «Ghana Einkaufskommission» sucht als Beauftragte der ghanesischen Regierung Stahlschienen, Stahl-Schienenlaschen und Stahl-Laschenbolzen mit Muttern und Muttergewinde. Das Inserat erschien am 6. Mai, und die Angebote haben bereits am 31. Mai in Accra zu sein. Offenbar ist Eile geboten, wenn in den vorgesehenen Konstruktionen keine Stockungen mit Kettenwirkung eintreten sollen.

Nun ist das Inserat dieses Landes, das so stark auf die sowjetische, polnische und

neuerdings auch anderer kommunistischer Staaten Hilfe zur Erfüllung seiner Fünfjahrespläne abgestellt ist, an sich schon auffällig. Dazu aber kommt, dass man im Osten zurzeit grösste Mühe hat, gerade die angeführten Erzeugnisse in einem auch nur für den Eigenbedarf genügenden Ausmass zu produzieren. Auch hat hier die Arbeitsteilung und Koordinierung im Comecon-Rahmen vorläufig wenigstens weitgehend versagt. Anscheinend ist also wirklich ein versprochener Nachschub ausgeblieben, so dass die kapitalistische Wirtschaft, deren Vorteile Nkrumah ja auch als Commonwealth-Mitglied keineswegs verschmäh, einspringen muss.

Dem Westen können an sich solche Gelegenheiten willkommen sein. Denn sie müssten ja jenen stark vom kommunistischen Wirtschaftssystem beeinflussten Ländern vor Augen führen, dass das Bestehen freier Märkte doch nicht so unliebsam ist, und wäre es nur deshalb, um die Risse der

planwirtschaftlichen Produktion zu überbrücken. Auch der Osten selbst macht ja bei solchen Gelegenheiten gerne genug von der Möglichkeit Gebrauch, sich über momentane Schwierigkeiten dank des so gründlich verurteilten kapitalistischen Systems hinwegzuhelfen. Im genau vorbestimmten staatlichen Plansystem übt selbst der akzidentielle Produktionsausfall auf irgendeinem Gebiet unausweichlich eine tiefgreifende Wirkung aus, während der Westen gegenüber solchen Kettenwirkungen zwar nicht unbedingt gefeit ist, aber doch dank seinem liberalen Kräftespiel in ähnlichen Lagen viel beweglicher bleibt. Ob sich die kommunistischen Wirtschaftsexperten hie und da überlegen, dass sie bei einer weltumfassenden Planwirtschaft keinen törichteren Westen mehr einzuspannen hätten?

Der Schnappschuss

Die sowjetische Bevölkerung selbst ist den offiziellen Versionen zum Fluge Gagarins gegenüber misstrauisch geworden. Das zeigen schon die ausführlichen Pressepolemiken mit dem Ausland, namentlich wegen des möglicherweise ersten Raumfahrers Iljuschin in ausgesprochenen Inlandzeitungen, die sonst gar nicht durch eine solche Auseinandersetzung Zweifel an einer KP-Darstellung aufzukommen lassen brauchen. Die westlichen Hinweise auf Ungereimtheiten der Moskauer Berichterstattung zirkulieren im Unionsgebiet als Gerüchte. Zu den vermerkten Widersprüchen (KB Nr. 17 und 18) zeigten sich noch andere: Frau Gagarin wusste nichts vom Unternehmen ihres Mannes («Komsomolskaja Prawda»), vermutete etwas («Prawda») und war genau im Bilde (Chruschtschew beim Empfang Gagarins). Laut einigen Berichten schwebte Gagarin im Zustand der Schwerelosigkeit in seiner Kabine, laut andern war er fest an seinem Sitz angeschnallt. Er trug laut vielen Darstellungen einen speziellen Weltraumanzug, laut «Augenzeugenberichten» einen gewöhnlichen Fliegerdress. Beim nächsten Weltraumflug wird sicher vorher genauer bestimmt, was sich zugetragen haben wird.

Ein Witz aus der letzten Nummer des Ostberliner «Eulenspiegels»: «Der erste Sputnik machte ‚piep-piep‘. Das Wostok-Raumerschiff macht ‚gag-gag‘. Der Einsender Wilfried Vorbrott sollte wegen Westkontakt verhaftet werden. Oder will er etwa behaupten, er habe die Idee nicht aus KB Nr. 15 vom 19. April genommen («Gagarin statt bi-bi-bi»)»

«Aufgestachelte durch die jüngste Kritik an Titos spezieller Art von Demokratie», so meldete in ihrer Ausgabe vom 8. Mai «Newsweek», «führte die jugoslawische Zeitung ‚Vjesnik u Srijedu‘ letzte Woche eine Umfrage unter Studenten der Universität Zagreb durch». Und die Resultate dieser Umfrage vor 14 Tagen wusste der KB (Nr. 8) bereits am 1. März. Das nennt man «ahead of the news» (week).

Dafür liess der KB im letzten Memo die sowjetische Parteizeitschrift «Kommunist» berichten, dem Westen fehle es an «Harmonie». Es hätte Harmonie heissen sollen. (Im Curriculum der gleichen Nummer ist Tichonow und nicht Tichinow zu lesen.)